

Sucht und Laster: Einnahmen höher als Folgekosten

22.10.2013 | 12:50 | (DiePresse.com)

Verkauf von Alkohol und Zigaretten sowie Glücksspiel-Abgaben bringen dem Staat jährlich um 1,5 Milliarden Euro mehr, als die Folgekosten ausmachen.

Lust und Laster als Geschäft für den Staat: Die Einnahmen aus dem Verkauf von Alkohol und Zigaretten sowie die Abgaben aus dem Glücksspiel übersteigen die volkswirtschaftlichen Kosten der damit zusammenhängenden Suchtkrankheiten sowie des Rauchens und der Drogenabhängigkeit um knapp 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das ergab eine Untersuchung des Marktanalyse-Instituts Kreuzer Fischer & Partner (KFP), die am Dienstag bei einer Pressekonferenz in Wien präsentiert wurde.

Marktanalyst Andreas Kreuzer und Suchtforscherin Gabriele Fischer von der Universitätsklinik für Psychiatrie an der MedUni Wien verlangen angesichts dieses positiven volkswirtschaftlichen Saldos die Bereitstellung von mehr Mitteln für Grundlagenforschung, Suchtprävention und Behandlung durch den Staat. Denn das bisherigen Studien zugrunde liegende Datenmaterial sei teilweise statistisch gar nicht belastbar.

Der neuen Untersuchung zufolge, die unter anderem auf einer Auswertung früherer Studien beruht, stehen 130 Millionen Euro an sozialen Folgekosten von Alkoholabhängigkeit Einnahmen von 385 Millionen Euro aus Alkohol- und Mehrwertsteuer gegenüber. Unter sozialen Folgekosten sind Ausgaben für medizinische Behandlung, soziale Unterstützung, Strafverfolgung und Produktivitätsverlust zu verstehen.

"Nationaler Suchtplan" gefordert

An Steuern für Tabak nimmt der Staat fast 1,6 Milliarden Euro ein, an sozialen Folgekosten entstehen der KFP-Berechnung zufolge 234 Millionen Euro. Glücksspiel inklusive bescheren Sucht und Laster dem Staat jährliche Einnahmen von mehr als 2,2 Milliarden Euro. Dem stehen volkswirtschaftliche Kosten von 777 Millionen Euro gegenüber, wobei hier die sozialen Folgekosten von Drogensucht eingerechnet sind.

Die Folgerung der Experten: Finanzielle Mittel für Forschung, effektive Prävention und Therapien sind vorhanden. Andreas Kreuzer beklagte neben dem Fehlen einer Krankenkostenrechnung eklatante Mängel bei der Datenlage: So seien die fünf Prozent der Österreicher im Alter von 15 bis 90 Jahren, die laut offiziellen Zahlen alkoholabhängig sind, aus einer Fallzahl von nur 50 Personen hochgerechnet worden. "Selbst die Einführung einer neuen Geschmacksrichtung bei Fruchtjoghurt ist besser abgesichert", meinte der Marktanalyst. Demzufolge hat Österreich offiziell - und völlig unplausibel - einen doppelt so hohen Anteil an Alkoholikern wie Deutschland. "Die öffentliche Hand wäre zuständig für Grundlagenforschung", erklärte Kreuzer. "Dieses Thema gehört in den Mikrozensus."

Gabriele Fischer fordert einen "Nationalen Suchtplan" mit einer Neuausrichtung der Sucht- und Drogenpolitik. Sie will eine Abkehr von föderalistisch unterschiedlichen Systemen, einen Umstieg auf evidenzbasierte Strategien und eine Integration in den "Mental Health Bereich". Denn 40 bis 60 Prozent der Suchtabhängigkeit seien genetisch determiniert, Sucht sei eine chronisch psychiatrische Erkrankung und: "Die Betroffenen haben keine Lobby", so Fischer. Suchtkranke seien keine liebenswerten Patienten, sondern schwierig im Umgang, "Selbst in der Psychiatrie sind sie das Schlusslicht."